Deutscher Bundestag **Drucksache 19/15514**

19. Wahlperiode 26.11.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Peter Boehringer, Marcus Bühl, Martin Hohmann, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Volker Münz, Ulrike Schielke-Ziesing, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Stephan Brandner, Matthias Büttner, Joana Cotar, Markus Frohnmaier, Dr. Götz Frömming, Kay Gottschalk, Dr. Heiko Heßenkemper, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Martin Hohmann, Stefan Keuter, Jörn König, Jens Maier, Andreas Mrosek Tobias Matthias Peterka, Uwe Schulz, Thomas Seitz, René Springer, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth, Uwe Witt, Mariana Harder-Kühnel und der Fraktion der AfD

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 19/11800, 19/11802, 19/13924, 19/13925, 19/13926 –

Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020
(Haushaltsgesetz 2020)

zu der Ergänzung des Entwurfs eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020
– Drucksachen 19/13800, 19/13801, 19/13802 –

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Vermeintlicher Klimaschutz

Der Haushalt 2020 steht im Zeichen des sogenannten Klimaschutzes. Aller Kritik an der Energiewende zum Trotz hat die Bundesregierung den Gang in den Ökosozialismus nochmals forciert. Die ursprünglichen Ziele der Energiewende, nämlich Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit, geraten zunehmend aus dem Blickfeld. Stattdessen werden dem Steuerzahler mit dem „Klimaschutzpaket“ weitere Kosten in noch nicht absehbarer Höhe aufgebürdet und gleichzeitig die heimische Industrie noch enger ans Gängelband der Politik genommen. Der Verlust von Arbeitsplätzen wird von der Regierung bewusst in Kauf genommen. Dies zeigt sich nicht nur beim Einstieg in den Kohleausstieg, sondern auch in den vielen kleinteiligen

klimabezogenen Regulierungen, die die Geschäftstätigkeit in Deutschland erschweren und nur wenige Profiteure generieren. Als Begründung für diese Maßnahmen wird allerdings nicht unbedingt die Tatsache angeführt, dass Deutschland dem Weltklima auf diese Weise helfen könnte, sondern gemäß Finanzminister Scholz schlicht der Umstand, dass „wir es können".

Sinnvolle Politik muss stets auf wissenschaftlichen Grundlagen basieren und gleichzeitig das Machbare im Blick haben. Beide Grundsätze werden in der Klimapolitik eklatant verletzt. Die Frage, wie stark der Einfluss von menschengemachtem CO2 auf die Atmosphärentemperatur ist, ist nicht hinreichend geklärt. Hier wird die Bevölkerung mit einem angeblichen 97-Prozentkonsens bewusst in die Irre geführt. Die planwirtschaftliche Steuerung der Energiewende missachtet die Grundlagen der Ordnungspolitik nahezu vollumfänglich. Und die Tatsache, dass Deutschland nur etwa 2 Prozent der weltweiten CO2-Emissionen verursacht und die Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft somit auch innerhalb des gängigen Klima-Narrativs keinen nennenswerten Einfluss auf die Durchschnittstemperatur der Erde haben kann, wird schlichtweg ausgeblendet. Die Bundesregierung betreibt in diesem Kernbereich ihrer Politik ideologischen Blindflug.

2. Weiterhin kostspielige Integrationsversuche bei nicht Bleibeberechtigten

Ein Hauptproblemfeld der deutschen Politik bleibt weiterhin das Thema Migration, Remigration und Integration. Der Satz „Wir schaffen das" ist von der Realität eingeholt und widerlegt worden. Zu hoch ist der Anteil der Sozialleistungsempfänger und die Kriminalitätsrate unter den Flüchtlingen. Nach wie vor besteht ein erhebliches Defizit im Rechtsvollzug bei abgelehnten und insbesondere bei straffällig gewordenen Asylbewerbern. Dieses gälte es dringend abzubauen. Anstatt Menschen ohne Bleibeperspektive mit hohem finanziellem Aufwand in die deutsche Gesellschaft und den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren, muss viel stärker als bisher auf Rückführungen gesetzt werden, zumal wenn sich die Sicherheitslage in den Herkunftsstaaten entspannt hat.

Auch das Management der Flüchtlingspolitik ist nach wie vor dringend reformbedürftig. Die Kosten für Sprach- und Integrationskurse sind enorm, doch die Erfolge gering. Die vorgesehen Lernziele werden größtenteils nicht erreicht. Das Konstrukt der Abrechnung der Kursteilnehmer per Unterschrift lädt überdies geradezu zum Betrug ein. Die Kontrolle der freien Träger und der Abrechnung liegt beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Hier hat sich ein Geschäfts- und Beschäftigungsmodell entwickelt, das dringend reformbedürftig ist. Grundsätzlich darf außerdem nicht übersehen werden, dass die an Migranten gewährten Sozialleistungen im Inland wie auch große Teile der von der Bundesregierung durchgeführten Fluchtursachenbekämpfung im Ausland sehr große Fluchtursachen an sich darstellen: Erstere indem sie einen erheblichen Migrationsanreiz setzen und Letztere indem sie zur Migration ertüchtigen, wenn sie so ausgestaltet sind, dass sie finanzielle Mittel und andere Leistungen an potenzielle Migranten verteilen, welche dann für die Migration eingesetzt werden.

3. Ideologievertretung statt Interessenvertretung im Ausland

Auch generell tun sich bei der Außen- und Entwicklungspolitik erhebliche Defizite auf. Das Auswärtige Amt hat nach wie vor große Probleme, Projekte regelgetreu abzuwickeln und die Mittelverwendung nachzuhalten. Inhaltlich besteht zudem dringender Bedarf für eine Kurskorrektur. Die Hauptaufgabe der Kulturpolitik des Auswärtigen Amts ist es, ein positives Deutschlandbild zu vermitteln. Die gegenwärtige Auslandskulturpolitik kommt dieser Aufgabe jedoch nur sehr unzureichend nach, weil sie einseitig klima- oder gender-ideologisch geprägte und sogar deutschlandkritische Projekte fördert und demgegenüber die klassische deutsche Kultur sträflich vernachlässigt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Eine ähnliche Fehlentwicklung ist in der Entwicklungspolitik zu beobachten, deren Ziel es nicht sein sollte, spezifische Weltanschauungen zu verbreiten, sondern den Interessen beider Partner zu dienen. Ein solches Verständnis würde die Förderung bestimmter Medien in Entwicklungsländern und beispielweise auch eine Beteiligung am Green Climate Fund (GCF) von vorneherein ausschließen. Auch würde bei einem solchen Verständnis der mit dem Gießkannenprinzip verbundene und historisch gescheiterte multilaterale Ansatz in der Entwicklungspolitik ein sofortiges Ende finden. In der Realität findet über die Entwicklungspolitik, die auswärtige Politik und die Projektförderung der parteinahen Stiftungen im Ausland vielfach eine Einflussnahme in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten statt, was mit dem Grundsatz der Nichteinmischung der Schlussakte von Helsinki 1975 unvereinbar ist. Für die deutsche Interessenvertretung und die Entwicklung der Partnerländer ist dies letztlich kontraproduktiv.

4. Zunehmender Investitionsstau

Hauptsächlich aufgrund der oben beschriebenen Problemkreise hat sich im öffentlichen Sektor ein erheblicher Investitionsstau aufgebaut. Die Bundesregierung beantwortet dies mit real rückläufigen Investitionsplanungen. Verschlimmert wird dieser Sachverhalt zudem durch die Tatsache, dass die im Bundeshaushalt ausgewiesenen Investitionen zunehmend nichts mit Investitionsprojekten im Inland zu tun haben. Weite Teile des Entwicklungsetats werden beispielsweise als Investition verbucht und heben so die offizielle Investitionsquote in Deutschland, doch die entsprechenden Gelder fließen ins Ausland.

Der Investitionsstau zeigt sich nicht zuletzt bei der Bundeswehr. Seit der Wiedervereinigung wurde die Bundeswehr aufgrund der vermeintlichen Friedensdividende und unter dem Druck finanzieller Zwänge erheblich reduziert und umstrukturiert. Die Ausrüstungssituation der Bundeswehr befindet sich daher in einem katastrophalen Zustand. Die Einsatzbereitschaft und der Klarstand der wichtigsten Waffensysteme verzeichnet ein Rekordtief. Seit ca. 15 Jahren wurde die Bundeswehr in mehreren Schritten auf Stabilisierungsaufgaben niedriger Intensität zugeschnitten, die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung dagegen bis zur Unkenntlichkeit abgebaut. Diese Fähigkeit wieder zu erwerben, erfordert erhebliche Anstrengungen und doch ist es dringend notwendig, die Aufträge, Fähigkeiten und Ressourcen der Bundeswehr wieder in ein Gleichgewicht zu bringen. Mit dem vorliegenden Finanzplan ist das nicht möglich.

Ähnliches gilt für die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland. Hier wird offenbar, dass die Prioritätensetzung der Bundesregierung in den Bereichen Klima, Migration und EU einen immensen Substanzverlust mit sich bringt. Im Straßenbau wie auch bei der Deutschen Bahn fehlen zahlreiche Milliarden, die benötigt würden, um nur den bestehenden Stand der Infrastruktur zu erhalten. Doch Besserung ist nicht in Sicht. Anstatt die strukturellen Probleme im Konzern Deutsche Bahn anzugehen, deckt man sie lieber mit frischen Haushaltsmitteln zu, in der Hoffnung, dass sie sich möglicherweise von selbst lösen. Und auch im Straßenbau bleibt der vorgesehene Etat weit hinter dem sachlich Notwendigen zurück.

Ein weiteres Mittel dem Investitionsstau entgegenzuwirken, liegt in der Förderung des deutschen Mittelstands. Das Maß an Bürokratie und Verwaltungsaufwand ist bei der Mittelstandsförderung der Bundesregierung allerdings viel zu hoch. Vielfach wurden Doppelstrukturen aufgebaut, die einer effizienten und zielgerichteten Förderung im Wege stehen und ihre Evaluierung erschweren. Im gesamten Bereich der Mittelstandsförderung sollte eine Neuorientierung erfolgen, die die praktischen Bedürfnisse der unabhängigen Unternehmer wieder ins Zentrum stellt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

5. Gebotene Steuersenkungen bleiben aus

Das zweite Opfer der verfehlten Prioritätensetzung der Bundesregierung ist der deutsche Steuerzahler. Die ausgabeseitig eingegangenen Selbstverpflichtungen sind mittlerweile so groß, dass die Bundesregierung sogar ausdrücklich das Rechtsrisiko eingeht, unrechtmäßige Steuern erhoben zu haben und diese rückerstatten zu müssen. Gerade in den vergangenen zehn Jahren Aufschwung und angesichts des sogar negativen Zinsniveaus hätte die finanzpolitische Pflicht bestanden, den Haushalt zu konsolidieren, Schulden zu tilgen und Steuern zu senken. Stattdessen präsentiert die Bundesregierung eine mühsam errechnete Schwarze Null und macht im Grunde denselben Fehler wie ihn die Südstaaten der Eurozone nach der Euroeinführung gemacht haben. Anstatt nämlich die finanziellen Spielräume für zukunftsgerichtete Struktur- und Finanzpolitik zu nutzen, kamen sie in Griechenland wie auch in Deutschland dem Staatskonsum zugute. Das Ergebnis ist in beiden Fällen dasselbe: Der politisch verschuldete Verlust von Wettbewerbsfähigkeit.

Davon unbeeindruckt treibt die Bundesregierung diverse Projekte und Maßnahmen auf EU-Ebene voran, die die Belastungen für die deutsche Bevölkerung noch weiter erhöhen werden. Die Vergemeinschaftung der Einlagensicherung in der EU, die Absicherung von Banken durch den ESM und damit durch Steuermittel sowie auch die Möglichkeit der Kreditvergabe durch den ESM auch an solvente Staaten und damit die Einführung von Eurobonds durch die Hintertür werden von der Bundesregierung unterstützt, wohlwissend dass auf die deutschen Sparer und Steuerzahler damit erhebliche Kosten zukommen. Dies ist nichts minder als Aufgabe deutscher Interessenpolitik zugunsten der Interessen anderer Staaten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

– den Solidaritätszuschlag mit sofortiger Wirkung vollständig abzuschaffen;
– Investitionen in die deutsche Infrastruktur, insbesondere in die Bundesfernstraßen und den Breitbandausbau, voranzutreiben;
– die Energiewende und die damit verbundenen erheblichen Fehlallokationen zu beenden;
– stattdessen bei der Energieversorgung auf moderne Kerntechnologie wie Flüssigkernreaktoren zu setzen und für deren Markteinführung angemessene Fördermittel bereitzustellen;
– den Einstieg aus dem Kohleausstieg rückgängig zu machen;
– ergebnisoffene Forschung in den Natur-, Klima- und Umweltwissenschaften stärker zu finanzieren;
– den Energie- und Klimafonds als Sondervermögen aufzulösen und die Titel im Sinne der Haushaltsklarheit auf die Einzelpläne aufzuteilen;
– das Baukindergeld zu streichen und durch zielgerichtete Steuererleichterungen zu ersetzen;
– die fortwährenden Subventionen und Preisregulierungen zurückzufahren;
– ihre Mittelstandsstrategie grundlegend zu überarbeiten und so zu reformieren, dass eine bürokratiearme und von Doppelstrukturen befreite Mittelstandsförderung erfolgen kann;
– in allen Bereichen der Projektförderung eine strategiegeleitete und bedarfsorientierte Planung und Steuerung einzuführen;
– den multilateralen Ansatz in der Entwicklungspolitik zu beenden und stattdessen auf gezielte Partnerschaften zu setzen;
– die Finanzierung der parteinahen Stiftungen auf ein ihrem Aufgabenspektrum entsprechendes Maß zurückzuführen und die Förderung der Auslandsprojekte

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

dieser Stiftungen zu beenden;

- den ideologisch getriebenen Gesellschaftsumbau sowie offensichtlich ressortfremde Projekte einzustellen;
- die innere Sicherheit kurzfristig wiederherzustellen, auch durch eine noch zielgerichtetere Ausstattung bei den Bundessicherheitsbehörden;
- die Ausgaben für die Integrationsmaßnahmen drastisch zu senken und für Migranten mit unklarer Bleibeperspektive gänzlich zu streichen;
- statt kostspieliger Versorgung von Migranten im Inland auf verstärkte Abschiebung von nicht Bleibeberechtigten zu setzen;
- das Auslandsengagement der Bundeswehr deutlich zu reduzieren;
- die Unterfinanzierung der Bundeswehr zu beenden und den Fokus auf den eigentlichen Verteidigungsauftrag zu richten.
- sicherzustellen, dass alle zukünftigen militärischen wie nicht-militärischen Auslandsprojekte, einen strategischen Nutzen für Deutschland erfüllen;
- das Äquivalenzprinzip in den in den Pflichtversicherungen wieder stärker zu beachten;
- die deutschen Steuereinnahmen in voller Höhe auszuweisen und Zahlungen an die EU nicht als negative Einnahmen sondern als allgemeine Bewilligung zu deklarieren;
- keine weiteren Hilfsgelder und Rückerstattungen an Griechenland zu zahlen;
- die geplante Reform und Kompetenzerweiterung des ESM nicht mitzutragen;
- die Planungen der EU zur Vertiefung der Währungsunion und insbesondere die Vergemeinschaftung der Einlagensicherung nicht zu unterstützen;
- den massiven Aufwuchs der EU-Beiträge zu stoppen und den Brexit ohne deutsche Beitragserhöhungen voranzutreiben;

Berlin, den 22. November 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.